

zeitung gegen den krieg

Nr. 63 Herbst 2026

Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung

Jürgen Peters

„Aus der Geschichte lernen!“ ist einer der Leitgedanken der Gewerkschaftsbewegung.

Diese Notwendigkeit „aus der Geschichte zu lernen“ ist auch eine der bitteren Erkenntnisse aus unserer eigenen leidvollen Geschichte. Und sie lassen uns nicht vergessen: Krieg ist keineswegs die Politik mit anderen Mitteln. Krieg bedeutet Tod, grausames Sterben, bedeutet sinnlose Zerstörung, bedeutet Not und Elend. Wir sehen das fast tagtäglich in der Ukraine, wir sehen das sinnlose Sterben im Gaza-Streifen und im weiteren Nahen Osten. Ganze Ortschaften werden ausradiert und die notwendige Infrastruktur zerstört. Egal, wie eine kriegerische Auseinandersetzung jeweils begründet wird: Krieg ist immer auch das Versagen von Politik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zu Recht auch in seinem Grundsatzprogramm festgehalten: „Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilen Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden.“

Und die IG Metall bekennt sich in ihrer Satzung im §2 ausdrücklich zu „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“. Und auf dem letzten Gewerkschaftstag hat der Vorstand der IG Metall in seinem Grundsatzantrag noch einmal bekräftigt: „Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mittel zur Konfliktbewältigung sein. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab.“

Gerade vor dem Hintergrund der sich immer weiter verschärfenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit immer weiter verschärfender Kriegsrhetorik ist es mehr als zwingend erforderlich, endlich andere Wege für diplomatische Lösungen einzuschlagen. Stattdessen soll Deutschland „kriegstüchtig“ werden. Es ist keine Rede mehr davon, grundsätzlich keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Wenn es aber darum geht, Armut in der Republik zu bekämpfen, ist kein Geld da. Da wird sich „gewunden und gedreht“. Bis hin

zu Missbrauchsvorfällen gegen die Betroffenen selbst.

Jeder sollte aber wissen, dass die gewaltigen Ausgaben für die Rüstung gegenfinanziert werden müssen, jetzt, morgen oder übermorgen. Natürlich könnten dafür höhere Steuern eingefordert werden, zum Beispiel von den Reichen und Superreichen, aber auch durch die längst überfällige Vermögenssteuer oder durch eine vernünftige Erbschaftssteuer.

Ich weiß, dass das Thema Rüstung mehrere

Facetten hat. Da ist das gewichtige Thema Arbeitsplätze.

Viele in der Rüstungsindustrie Beschäftigte sind froh einen Arbeitsplatz zu haben. Es ist auch verständlich, wenn die, die arbeitslos sind, nicht „Nein“ sagen, wenn sie in einem Rüstungsunternehmen ein Job bekommen können. Die Alternative wäre, Alternativen zu schaffen. Statt Rüstung nützliche Dinge schaffen! Das wäre Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Alternative Produktion zu fördern ist nicht nur sinnvoller sondern

auch nachhaltiger. Hier die Kräfte zu bündeln ist das Gebot der Stunde. Und das das machbar ist, zeigen uns andere Länder

Ich weiß, das es oftmals Mut braucht, um sich gegen den Mainstream zu stellen. Wer sich nicht „auf Linie“ bewegt, wird in die Ecke gestellt. Da gilt jeder schon als „Putin-Versteher“ der auch nur vorsichtig den Krieg hinterfragt. Oder wird als Antisemit diffamiert, wenn jemand das brutale Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza-Streifen kritisiert oder gar als Völkermord bezeichnet.

Der Mainstream-Journalismus hat sich mehr von seiner eigentlichen Aufgabe und Funktion entfernt. Da geht es nicht mehr um Aufklärung von Sachverhalten oder um eine objektive Berichterstattung. Schon gar nicht mehr um das Aufzeigen von möglichen unterschiedlichen Interessen. Was zu Beurteilung mancher Sachverhalte durchaus hilfreich wäre. „Wem nutzt das?“ ist ja wahrlich keine unsinnige Frage. Diese seltsame Art der Kriegsberichterstattung und -kommentierung mancher Medienvertretern oder Politiker macht einen zuweilen fassungslos. Und über die Kriegslüsterheit mancher Leute kann man sich nur wundern. Ehemalige Kriegsgegner sind nunmehr vehemente Befürworter von Rüstungslieferungen.

Wir leben in bewegten Zeiten. Es bleibt uns nichts erspart. Wir müssen uns einmischen, wenn der Sozialsaat nicht weiter „unter die Räder“ kommen soll, wenn die Infrastruktur nicht weiter „den Bach runtergehen“ soll. Wir brauchen den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, wir brauchen geeignete Maßnahmen gegen den Klimawandel und wir brauchen den Ausbau der Mitbestimmung gerade und besonders bei betrieblichen Umstrukturierungen. Wir müssen uns einmischen, wenn wir nicht wollen, das die Kriegsgefahr weiter wächst. Wir müssen die Friedensbewegung wieder stärker machen - unüberhörbar machen. Wir wissen: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ (Willi Brandt).

Jürgen Peters ist früherer Vorsitzender der IG Metall

Rüstungs- oder Sozialstaat?

Helga Schwitzer

Rüstungsausgaben oberhalb eines Prozentes des BIP werden von der Schuldenbremse ausgenommen. Um die SPD, aber auch uns als Gewerkschaften zu gewinnen, wurde das Paket mit einem schuldenfinanzierten Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 500 Mrd. Euro in den nächsten 12 Jahren aufgestockt. Wo landet das Geld? In panzertragfähigen Brücken oder Projekten, die militärstrategisch von Bedeutung sind?

Nach außen soll Deutschland handlungsfähiger und kriegstüchtiger werden, nach innen werden Sozialstaat, Arbeitsmarktpolitik, die Gesundheitspolitik und die Rentenpolitik auf dieses Ziel ausgerichtet.

Deshalb ist für mich ganz klar: Wer sich für den Erhalt des Sozialstaates wirkungsvoll einsetzt und die Reduzierung der Sozialausgaben geißelt, darf zum Krieg und zum milliarden-schweren Rüstungsprogramm nicht schweigen! Und eins ist auch klar, auch wenn es immer anders behauptet wird: Steigende Rüstungsausgaben bringen keinen wirtschaftlichen Aufschwung und sind auch kein Jobmotor. In

einer Studie der Uni Mannheim von 2025 wird nachgewiesen, dass der wirtschaftliche Effekt von Militärausgaben, der sog. Fiskalmultiplikator nur bei maximal 0,5. Bei zivilen Investitionen liegt er mindestens bei Faktor 2. Lassen wir nicht zu, dass in totes Kapital investiert wird, das immer wieder Kriege braucht, um eingesetzt zu werden.

Die gigantischen Rüstungsausgaben führen zu drastischen Eingriffen in den Sozialstaat und treiben die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich voran. Stoppen wir die Eskalationsspirale, die immer mehr Menschen das Leben und die Existenz kostet, verhelfen wir

der Diplomatie zum Durchbruch und setzen wir uns für ein Ende der Kriege ein. Machen wir uns stark am 26. September zum DGB-Aktionstag gegen die Angriffe auf den Sozialstaat in vielen Städten der Republik. Zeigen wir unsere Wut und unseren Widerstand am 3. Oktober bei den großen Friedenskundgebungen in Berlin und Stuttgart. Werden und bleiben wir friedensfähig statt kriegstüchtig!

Helga Schwitzer ist ehemaliges Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall

Jeffrey Sachs – Amerikas Stellvertreterkrieg

Seite 5

Walden Bello – Ukrainekrieg und globaler Süden

Seite 5

Ingar Solty – Rüstungsökonomie

Seite 6

Reiner Braun – Drushba heißt nicht Putinversther

Seite 7

Solidarität ist unsere Stärke

Seite 8



Maria Buchwitz

Brot statt Bomben!

Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein. Aufrüstung „whatever it takes“ ist die Devise. Was wir mittlerweile seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine vor viereinhalb Jahren miterleben, ist die radikale Umerziehung unseres Bewusstseins in Richtung einer als alternativlos dahingestellten Akzeptanz von Aufrüstung in nie

erreichter Größenordnung. Deutschland solle die „Sprache der Macht lernen“, verkündete Bundeskanzler Merz im Frühjahr. 110 Milliarden Euro investiert Deutschland in 2026 ins Militär, das Doppelte der Atommacht Frankreich. Die Umverteilung vom Sozialen ins Militär ist in vollem Gang; zudem verhindert das ungebremsete Wettrüsten jede

Chance, die Klimakrise angemessen zu bekämpfen. Während die Profite der Rüstungsindustrie immer neue Höhen erreichen wird gleichzeitig das Geld für die Ärmsten, für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, um eine Milliarde gekürzt.

Sind uns die Maßstäbe völlig abhandengekommen? Frieden und Sicherheit sind noch nie durch wechselseitige Angstverbreitung und Aufrüstung entstanden, sondern durch umfassende Diplomatie, die die Interessen aller Konfliktparteien wahrnimmt und versteht. Das

gilt heute im Atomzeitalter, in einer Zeit, wo Drohnen und autonome KI-Waffen die Schlachtfelder erobern, umso mehr. „Audiatur et altera pars“ heißt es in einer Inschrift des historischen Saals des Westfälischen Friedens in Münster, in dem am 1. Oktober dieses Jahres der Friedenspreis der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e.V. an die NATO verliehen wird, die das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg beschlossen hat. Mehr an Absurdität ist kaum vorstellbar!

Dem stellen wir uns gemeinsam

mit aller Kraft entgegen. Wir kämpfen für Frieden und für eine solidarische Welt, in der jeder Mensch die gleiche Würde und die gleichen Rechte hat – bei uns in Deutschland, in Europa und weltweit. Wir sind eine Menschheitsfamilie! Beteiligt euch an den Großdemonstrationen in Berlin und Stuttgart am 3. Oktober und am 1. Oktober in Münster!

Maria Buchwitz ist Mitglied des Bundesvorstands von pax christi



Ronja Fröhlich

Neues Schuljahr, Neue Chancen – Schulstreik gegen Wehrpflicht

Auf ihrer dritten bundesweiten Schulstreikkonferenz Ende Juli beschlossen die Schüler:innen: „Um der Wehrpflicht

etwas entgegenzusetzen, werden wir am Freitag, den 25.09., den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht organisieren!“

Der nächste Schulstreik wird die erste Prüfung der Schulstreikbewegung im neuen Schuljahr sein. Sie wird damit den beginnenden Musterungen in Schleswig-Holstein etwas entgegensetzen. Und auch der nächste Streik wird sich erneut mit Polizei-Repressionen und medialer Hetze auseinandersetzen müssen – und dabei unter Beweis stellen, dass man sich weder von „Enthüllungstheorien“ spalten noch von Prügel-Polizisten einschüchtern lässt.

Die Bedeutung des nächsten

Streiks geht über die Bewegung hinaus, die Schüler:innen haben sich das Ziel gesetzt „den Kampf gegen die Kriegsvorbereitung mit den sozialen Kürzungen in Verbindung“ zu stellen. Sie wollen sich an den Sozialprotesten des DGB am 26.09 beteiligen und planen für ihren Streik gewerkschaftliche Redner:innen einzuladen. Sie leisten damit einen notwendigen und wichtigen Beitrag, in der Zusammenführung von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung.

Im September endet der Protest gegen die Wehrpflicht nicht. Am 3. Oktober geht es in Berlin und Stuttgart unter dem Motto „Nein

zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!“ auf die Straße. Auch die Schulstreikbewegung ist dabei. Damit machen die Schüler:innen auch deutlich: Hier kämpft nicht jung gegen alt, sondern Unten gegen Oben. Ganz nach dem Motto die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft.

Damit haben die Schüler:innen auch uns allen einen Auftrag mitgegeben:

Wir müssen gemeinsam den Schulstreik am 25.09 zum Erfolg machen. Wir müssen jetzt Unterstützung bei Eltern, Lehrern und Gewerkschaften organisieren, Soli-

reden schreiben, Aufrufe verbreiten und Spenden an die Streikkomitees übergeben

Wir müssen am 26.09 bei den Sozialprotesten des DGB deutlich machen der Kampf gegen Sozialkassenschlag und Militarisation gehören zusammen

Wir müssen den 3. Oktober zum Massenprotest gegen Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg machen, dafür müssen wir jetzt mobilisieren, im eigenen Umfeld, aber vor allem in den Gewerkschaften.

Ronja Fröhlich ist aktiv im Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail Hr.Braun@gmx.net
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB
ISSN 1611-2881

Bernhard Trautvetter

Essen: Von der Nazi-Waffenschmiede“ zur Rüstungsplattform

Im Jahr 1945 war Essen zu rund 90 Prozent zerstört. Aufgrund der dort ansässigen Krupp-Werke nannten die Nationalsozialisten die Stadt „Waffenschmiede des Reiches“. Davon hat sich Europa nie erholt. Vom 22. bis 25. September verwandeln nun hunderte Rüstungskonzerne, hochrangige Militärs sowie Führungskräfte aus Regierung und weiteren Behörden die Stadt zur Zentralen Rüstungsplattform. Mit der Security und der Eurodefence-expo entsteht eine neuartige zivil-

militärische Doppelmesse. Erwartet werden mehr als 20.000 Fachbesucher aus militärischen und zivilen „Sicherheitsbereichen“ für rund 500 Aussteller. In der Pressemitteilung der Veranstalter heißt es: „Der Schutz kritischer Infrastrukturen, der Bevölkerungsschutz, die Krisenvorsorge und resiliente Sicherheitskonzepte lassen sich heute nur noch im Zusammenspiel von Wirtschaft, Behörden und Streitkräften denken. Durch die parallele Durchführung beider Veranstaltungen

entstehen neue Möglichkeiten für den fachlichen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen ziviler Sicherheitswirtschaft und Verteidigungsindustrie.“

Verknüpft damit ist auch eine Strategiekonferenz des in Kalkar ansässigen NATO-Luftwaffen-Centers JAPCC. Zu den Sponsoren gehören u. a. US-amerikanische und europäische Atom-Rüstungskonzerne, militärische KI-Start-ups sowie Rüstungsgiganten wie Rheinmetall, Diehl, Airbus Defence, Hensoldt und

Thyssenkrupp. Aus diesem Anlass organisiert die Friedensbewegung am Samstag, den 19. September, eine Friedenskonferenz in Essen sowie am darauffolgenden Sonntag eine überregionale Friedensdemonstration. Auf der Konferenz beraten ausgewiesene Experten aus Friedenswissenschaft und Friedensbewegung wie Prof. K. H. Bläsius (Digitalisierung, KI), Christoph von Lieven von ICAN, Ulrike Eifler (IG Metall), Ulrich Sander (VVN-BdA), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisation) und Arnold Schölzel (junge Welt) gemeinsam mit den Teilnehmenden.

Bernhard Trautvetter ist aktiv im Essener Friedensforum
Weitere Infos:
<https://essener-friedensforum.de>

Angelika Wilmen

Unzwingbar: Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht! Kundgebung und Konzert am 2. Oktober 2026



Am 2. Oktober 2026 gehen wir in Berlin auf die Straße und setzen mit einer Großkundgebung und Konzert gemeinsam ein unüberhörbares Zeichen für Frieden und gegen Wehrpflicht und Aufrüstung. Neben verschiedenen thematischen Rede-

beiträgen wird es hochkarätige Musik-Acts geben. „Wir erleben die stärkste Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg. Bald fließt jeder zweite Euro des Bundeshaushalts in Aufrüstung und

Krieg. Bezahlen müssen dafür wir alle – mit steigenden Preisen, Sozialkürzungen, zerfallenden Schulen, ungelöster

Rekordhöhen aufgenommen, um sie zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ aufzubauen. Auf Kosten unserer Zukunft“, heißt es in dem Aufruf zur Kundgebung.

Junge Menschen wehren sich gegen das bereits verpflichtende Ausfüllen von Fragebögen. Sie wollen keine „Generation Wehrpflicht“ sein. Der Zwang zur Musterung und die Pläne für eine Reaktivierung der Wehrpflicht sind massive Eingriffe in die Freiheit junger Menschen. Sie wollen keinen Zwangsdienst leisten und nicht zum Töten ausgebildet werden. Aus diesem Grund stehen wir als Großeltern, Eltern, Freund*innen, Geschwister, Schüler*innen und junge Menschen gegen den aktuellen Kurs der Bundesregierung. Wir lehnen diese Militarisie-

- Keine Reaktivierung der Wehrpflicht!
- Keine Rekrutierung von Minderjährigen in/für die Bundeswehr!
- Bundeswehr raus aus den Schulen, Universitäten und der Forschung!
- Vollumfängliche Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht und Asylgrund für Menschen weltweit!
- Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales statt für blinde Aufrüstung und Krieg!

Neben Friedensorganisationen wie der IPPNW, Ohne Rüstung Leben, der DFG-VK und dem Netzwerk Friedenskooperative gehören auch Attac, Greenpeace und die DGB-Jugend zu den veranstaltenden Organisationen. Zentral beteiligt sind zudem Schüler*innen und junge Menschen aus der Schulstreikbewegung. Diese Brücke zwischen den Generationen ist ein starkes Signal: Die Jugend fordert Zukunft statt Aufrüstung: Sie lässt sich ihre Selbstbestimmung und Träume nicht für militärische Logiken nehmen. Gemeinsam zeigen wir: Der Einsatz für Frieden ist dringend notwendig und betrifft uns alle – von den Schulbänken bis ins hohe Alter!

Kommt am 2. Oktober nach Berlin und unterstützt uns.

Angelika Wilmen ist IPPNW-Geschäftsstellenleiterin und Friedensreferentin

Infos unter: www.unzwingbar.de

Joachim Guilliard

Friedensvernetzung im Südwesten – nicht nur zum 3. Oktober

Die Vorbereitung der zentralen Demonstration in Stuttgart, die am 3.10. parallel zu der in Berlin stattfindet, wird wie im letzten Jahr im Wesentlichen von der „Friedensvernetzung Südwest“ und dem Friedensnetz Baden-Württemberg getragen. Die Stuttgarter Aktiven des Friedensnetzes übernehmen dabei den Hauptteil der Organisation vor Ort und bringen dabei ihre Erfahrung bei der Durchführung der großen Ostermärsche in Stuttgart ein. Die Südwestvernetzung kümmert sich wieder um die bundesweite Koordination, sowie

die überregionale Unterstützung und Mobilisierung. Diese Zusammenarbeit war letztes Jahr die Basis für eine sehr erfolgreiche Demo, nicht nur aufgrund der Teilnehmerzahl, die über den sorgsam gezählten 15.000 gelegen haben dürfte, sondern vor allem auch wegen der gesellschaftlichen Bandbreite und der Beteiligung von Jugendorganisation und Gewerkschaftern.

Die neue, seit eineinhalb Jahren bestehende, Bundesländer übergreifende Vernetzung der Friedensbewegung im Südwesten vereint mittlerweile eine Vielzahl

von Friedensinitiativen und Einzelpersonen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Südhessen, dem Rhein-Main-Gebiet und einige aus Bayern. Dominierte letztes Jahr noch die Organisation der Demo am 3.10. in Stuttgart, konnten wir uns dieses Jahr einem zentralen Anliegen der Vernetzung intensiver widmen: Überlegungen für koordinierte Aktionen an den bedeutenden US-Militärstandorten der Region – Stuttgart, Ramstein und Wiesbaden – und konkret der Unterstützung der Demos am 30. Mai gegen Mittelstreckenwaffen

in Wiesbaden und dem bayrischen Grafenwöhr.

Anfang Juli führten wir eine regionale Friedenskonferenz durch, die die Vernetzung durch persönlichen Austausch fördern und dem Wunsch nach inhaltlicher Diskussion, insbesondere von kleineren Friedensinitiativen jenseits der Ballungsgebiete, Rechnung tragen sollte. Die Konferenz in Karlsruhe erfreute sich deshalb auch einer regen Beteiligung mit ca. 120 Aktiven aus der gesamten Region.

Sie schuf auch eine gute Basis für die Mobilisierung zu den

Friedensdemos am 3.10.. Wir werden uns wieder intensiv um die Einbeziehung der Jugend wie auch gewerkschaftlicher Gruppen bemühen, die bereits im letzten Jahr gut vertreten waren. In diesem Jahr erhoffen wir uns, dass die Demo am 3.10. vorausgehenden Sozialproteste am 26.9. auch den Rückenwind für eine noch stärkere Beteiligung am 3.10. in Stuttgart liefern.

Joachim Guilliard ist Sprecher des Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Weitere Infos: www.friedensvernetzung-suedwest.de

Andrej Hunko

Westfälischer Friedenspreis für die NATO

Wir leben in einer Zeit der Orwellisierung von Friedenspreisen: Die ultrarechte Venezolanerin María Corina Machado, die eine US-Militärintervention gegen ihr eigenes Land forderte, erhielt letztes Jahr den Friedensnobelpreis. Mit Karl Schlögel wurde ebenfalls 2025 eine der deutlichsten intellektuellen Stimmen einer reinen Konfrontationspolitik gegenüber Russland mit dem Friedenspreis

des deutschen Buchhandels geehrt. Immerhin: In Oslo verweigerte zum ersten Mal in der Geschichte der Dachverband der norwegischen Friedensorganisationen die traditionelle Ausrichtung der Zeremonie des Friedensnobelpreises und protestierte am Vortag gegen die Wahl des Nobelkomitees.

Die Verleihung des Westfälischen Friedenspreises an das größte Militärbündnis der Geschichte, die

NATO, stellt sich in diese letztjährige Tradition und führt sie gewissermaßen zur Orwell'schen Vervollständigung. Der Westfälische Friede war das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen, der den Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 beendete, der bis zu acht Millionen Menschenleben kostete und zu einem Bevölkerungsrückgang von mindestens 15 bis 20 Prozent führte. Prinzipien des Westfälischen Friedens,

etwa die Gleichberechtigung aller Staaten und Konfessionen bildeten die Grundlage späterer Friedensarchitekturen und des modernen Völkerrechts.

Das jetzt ausgerechnet die NATO, die wiederholt deutlich gemacht hat, ein rein taktisches Verhältnis zum Völkerrecht und wenig Interesse an diplomatischen Initiativen zum Interessenausgleich zu haben, mit dem Westfälischen Friedenspreis ausgezeichnet wird, spuckt auf das Münsteraner Erbe. Beim Blick auf die Jury des „Internationalen Preises des Westfälischen Friedens“ hält

sich allerdings die Verwunderung darüber in Grenzen. Neben Adligen und Industriellen sitzen dort ganz überwiegend Spitzenpolitiker genau derjenigen Parteien, die unser Land kriegstüchtig machen wollen und auf Diplomatie pfeifen. Friedrich Merz, Frank-Walter Steinmeier, Alexander Graf Lambsdorff, Cem Özdemir, um nur einige zu nennen. Friedrich Merz soll denn auch die Laudatio halten, Mark Rutte wiederum soll den Preis für die NATO entgegen nehmen.

Andrej Hunko ist Landesvorsitzender des BSW in NRW

Warum unterstützen wir die Aktionen der Friedensbewegung im Oktober 2026?



Sevim Dagdelen

In diesem Jahr ist die Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung wichtiger denn je. Die USA setzen die Konzeption der NATO 3.0 rigoros durch. Das bedeutet: Während Washington im Indopazifik die Konfrontation mit China sucht, sollen die Europäer Russland herausfordern. Das führt dazu, dass insbesondere Deutschland regelrecht ins Feuer geschickt wird. Die Hochrüstung soll Berlin in wenigen Jahren zur stärksten konventionellen Macht auf dem Kontinent machen.

Deutschland hat die Ausgabeführerschaft, was den Krieg in der Ukraine angeht, übernommen. Rüstungsausgaben zur Erfüllung des NATO-Ziels von bald 225 Milliarden Euro strangulieren den Sozialstaat in Deutschland und erhöhen die Kriegsgefahr. Die Einführung der Wehrpflicht als Einführung einer künftigen Kriegspflicht scheint immer näher zu rücken. Gut, dass sich so viele bereits heute diesem Wahnsinn verweigern.

Immer deutlicher werden die

Konturen einer direkten Kriegsbeteiligung der europäischen NATO unter deutscher Führung gegen Russland. Jeden Tag werden wir mit dem propagandistischen Trommelfeuer der Kriegstreiber und Russenhasser konfrontiert. Russenhass im 21. Jahrhundert? Ja, nichts anderes als einer ganzen Ethnie die Vernichtung anzudrohen, ist es, wenn beispielsweise der FAZ-Korrespondent Michael Martens fragt, wie die Europäer helfen könnten, „noch mehr Russen zu töten.“

Es ist der Geist des deutschen Vernichtungs- und Raubkrieges gegen die Sowjetunion. Damit aber treibt der Vorkrieg, den wir erleben, auch ideologisch einem neuen Höhepunkt zu. Die Kehrseite redaktionellen Russenhasses aber ist die immer weitere Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit in Europa. So wird der Berliner Journalist Hüseyin Dogru in eine innere Verbannung per EU-Sanktionen geschickt; Kontosperrern mit drohender Existenzvernichtung, das sind die Waffen der modernen Inquisition.

Die Frage der NATO-Mitgliedschaft ist zu einer Existenzfrage für uns alle geworden. Jedes sicherheits-



politische Papier, in dem weder der Vasallenstatus gegenüber den USA noch die NATO-Mitgliedschaft problematisiert wird, verfehlt eine sinn-

volle Analyse. Die Menschen müssen sich wehren können, von den USA unter den Bus geworfen zu werden. Deshalb: Raus auf die Straßen. Raus

aus der NATO.

Sevim Dagdelen ist Mitglied des BSW-Bundesvorstandes

Axel Fersen

Für das Jahr 2026 sind Militärausgaben in Höhe von 108,2 Milliarden Euro veranschlagt. Bis 2029 sollen es rund 152 Mrd. Euro sein, was einer Verdreifachung gegenüber 2023 entspricht. Während für Schulen und Krankenhäuser die Schuldenbremse weiterhin gilt, wurde sie für Rüstungsausgaben per Grundgesetzänderung ausgesetzt. Damit ist entschieden, worauf dieser

Staat in den kommenden Jahren ausgerichtet wird.

Militarismus war in Deutschland nie eine Frage der Truppenstärke. Er ist eine Rangordnung, in der militärische Notwendigkeit alles andere überragt, und eine Sprache, die Härte zur Tugend erklärt. Als der Schuster Wilhelm Voigt 1906 in einer gebrauchten Hauptmannsuniform zehn Gardesoldaten anhielt, folgten sie ihm nach Köpenick, besetzten das Rathaus und verhafteten den Bürgermeister. Die Stadtkasse nahm er mit. Halb Europa lachte. Komisch

war, wie zuverlässig die Uniform funktionierte. Heute heißt das Wort „kriegstüchtig“ und es bleibt nicht im Wehretat. Es greift auf Schulen über, in denen Jugendoffiziere werben, und auf ein Meinungsklima, in dem Verhandlungsangebote als Naivität verbucht werden. In den Schulen ist das nicht un widersprochen geblieben. Seit Januar erhält der Jahrgang 2008 Post von der Bundeswehr: Rund 700.000 Briefe mit einem Fragebogen zu Eignung und Bereitschaft wurden verschickt. Antworten müssen nur die Männer;

für sie folgt ab Juli 2027 auch die Musterung.

Das Gesetz selbst nennt die Bedarfswehrpflicht für den Fall, dass sich bis 2035 nicht genug Freiwillige für 260.000 Soldaten finden. Am 5. März verließen nach Angaben der Veranstalter etwa 50.000 Schülerinnen und Schüler in rund 150 Städten den Unterricht. Am 8. Mai gingen sie erneut auf die Straße. Dass sie darin einen ersten Schritt zur Wiedereinführung der Wehrpflicht sehen, ist keine Unterstellung. Sicherheit entsteht so ohnehin nicht. Jede

Aufrüstung erzeugt Gegenaufrüstung, mit der sie sich anschließend rechtfertigt. Egon Bahr und Willy Brandt zogen daraus die Konsequenz der Gemeinsamen Sicherheit: Sie ist nur mit dem Gegner zu haben, nicht gegen ihn. Erhard Eppler vertrat diese Meinung auch dann, als es in der eigenen Partei unbequem wurde.

Axel Fersen ist Koordinator des Erhard-Eppler-Kreises in der SPD

Sören Pellmann

Aus Sicherheitsgründen sei es notwendig „den Militair-Etat als ein ‚noli me tangere‘ [‚Berühre mich nicht‘] zu betrachten“. So der konservative Politiker Hermann Wagner zur Institutionalisierung des „Eisernen Etats“ im preußischen Deutschland und der damit einhergehenden Etablierung eines vom fiskalischen Interesse abgekoppelten Militarismus. 150 Jahre später läute-

te Bundeskanzler Helmut Scholz mit der durch ihn ausgerufenen „Zeitenwende“ die Kanonen-statt-Butter-Politik der künftigen Jahre ein. Er griff mit dem „Sondervermögen“ zum selben haushaltspolitischen Instrument wie seine militaristischen Vorgänger. Das Merz-Klingbeil-Kabinett öffnete 2025 dann endgültig die fiskalischen Schleusen für die milliarden schwere Aufrüstung der Bundeswehr.

Während auf der einen Seite die Champagnerkorken knallen, wird auf der anderen Seite der Gürtel enger geschnallt. Rheinmetall steht

vor dem Vertragsabschluss mit dem Bund, über den Bau des Radpanzers Boxer mit einer Stückzahl von 3.500 im Wert von 14,5 Mrd. Euro. Was könnte man nicht alles für dieses Geld erbauen und sanieren? Die maroden Straßen, Schienen, Universitäten, Kindertagesstätten, Bibliotheken und Schwimmbäder hätten es jedenfalls dringend nötig. Den Kommunen fehlt jedoch das Geld. Laut KfW beträgt das Finanzierungsloch 231 Mrd. Euro. Für die kommunale Versorgung benötigte Investitionen werden somit auf den

Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Zurück zum „Eisernen Etat“. Bekanntlich endete der zweite Weltkrieg nicht nur mit einem militärischen Bankrott, sondern auch mit dem Staatsbankrott. Die für die Aufrüstung der Wehrmacht aufgetürmten 452 Mrd. Reichsmark an Staatsschulden wurden nach Kriegsende durch die Besatzungszonen übernommen. Die Westzone entledigte sich dem Schuldenturm 1948 mit der Währungsreform. Der kleine Sparer zahlte die Zeche. Aktien und Sachwertbesitzer gingen da-

gegen abschlagsfrei in die „Wirtschaftswunder“-Jahre.

„So kann eine Niederlage Völkern zum Segen und zur Gnade werden, zur Reinigung und zur Läuterung, zur Schicksalswende...“ hoffte Johannes R. Becher 1947. Er warnte: „Ein ein Wehe den Besiegten! gilt uns nur dann, wenn uns nicht die Gnade der Niederlage zuteil wird und wir uns erneut wieder um die Frucht der Niederlage betrügen lassen.“

Sören Pellmann ist Ko-Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Ralf Stegner

Zurzeit gibt es zwei globale Entwicklungen, die mir insbesondere in Kombination miteinander erhebliche politische und humanitäre Sorgen bereiten: Zum einen nimmt die weltweite Militarisierung immer weiter zu; dies belegen auch die aktuellen Zahlen von SIPRI. Allein 2025 sind die weltweiten Rüstungsausgaben um 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestie-

gen – in Europa waren es sogar 14 Prozent. Gleichzeitig kommt es zu einem immer stärkeren Abbau der Rüstungskontrolle, so lief beispielsweise im Februar dieses Jahres der amerikanisch-russische New-Start-Vertrag aus, wodurch zum ersten Mal seit über 50 Jahren die beiden weltgrößten Nuklearwaffenarsenale keinerlei Begrenzung mehr unterliegen. Das kann ja bei umfassender politischer Betrachtung und Bewertung nur zu dem Wunsch führen, dass die Beteiligten zurück an den Verhandlungstisch der Rüstungskon-

trolle kehren. Diese Forderungen der Friedensbewegung unterstützen der Eppler-Kreis und auch ich ausdrücklich. Denn die Probleme dieser Welt sind nicht durch Aufrüstung zu lösen; ganz im Gegenteil: Jeder Euro, der für überbordende militärische Stärke ausgegeben wird, fehlt im Zweifel im Sozialetat – das ist Wasser auf die Mühlen der Demokratiefeinde.

Gleichzeitig kürzen diverse Staaten, allen voran die USA, aber leider auch Deutschland, bei der humanitären Hilfe. In Verbindung mit mehr

Kriegen, Konflikten und Krisen wird das nicht zu einer Reduzierung der globalen Fluchtbewegungen führen, sondern diese nur noch weiter anheizen, verbunden mit millionenfachem Leid. Verteidigungs- und büdnisfähig muss die Bundeswehr zweifelsohne sein – mit der geforderten Kriegstüchtigkeit kann ich mich hingegen nicht anfreunden. Aus der Kontrolle geratene Aufrüstungsspiralen nützen niemandem außer der Rüstungsindustrie. Ich kann der Friedensbewegung nur wünschen, weiterhin lautstark für

Diplomatie und Völkerrecht einzustehen. Re-den und Verhandeln sollten unsere Werkzeuge in diesen unstillen Zeiten sein, nicht schießen und töten. Deshalb werde auch ich mich auch in Zukunft im Deutschen Bundestag für die diplomatische Beendigung von Kriegen und Konflikten und für Solidarität mit Angegriffenen einsetzen – eine Alternative zum Krieg gibt es immer, eine Alternative zum Frieden nicht!

Ralf Stegner ist Ko-Vorsitzender des Erhard-Eppler-Kreises in der SPD

Ukraine

Amerikas andauernder Stellvertreterkrieg gegen Russland

Jeffrey Sachs

Im Wahlkampf 2024 trat Donald Trump als der Mann auf, der Amerikas „ewige Kriege“ beenden würde. Dies stellte sich jedoch als weit von der Wahrheit entfernt heraus.

Das Jahr 2025 begann mit einem Theaterstück für die Öffentlichkeit: Dazu gehörte die Demütigung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Oval Office, bei der Trump ihn mit der Bemerkung „Die Ukraine hat keine Trümpfe in der Hand“ bloßstellte. Später folgte eine einwöchige Aussetzung des Informationsaustauschs der US-Geheimdienste mit Kiew. Damit wurde bewiesen:

Erstens handelt es sich um einen US-Krieg: Da der Ukraine nur für wenige Tage Geheimdienstinformationen vorenthalten wurden, verschlechterten sich ihre Tiefschlagfähigkeit und ihr Lagebild auf dem Schlachtfeld sichtbar.

Zweitens zielte der Druck des Weißen Hauses nicht auf Frieden mit Moskau, sondern auf Gehorsam seitens Kiews ab. Der militärische Hahn der USA wurde wieder aufgedreht und hinter den Kulissen von Gipfeltreffen und Telefonaten folgte die seit 2022 systematischste Eskalation der amerikanischen Militärrolle.

Im Juni 2025 unterzeichnete Trump die Executive Order 14307 mit dem Titel „Unleashing American Drone Dominance“ (Die amerikanische Drohnenvorherrschaft entfesseln). Darin ordnete er den Wiederaufbau der amerikanischen Drohnen-Industriebasis an und wies das Pentagon an, „in der Lage zu sein, kostengünstige, leistungsstarke Drohnen zu beschaffen, zu integrieren und deren Einsatz zu trai-

nieren“. Im Juli inszenierte Verteidigungsminister Pete Hegseth eine Drohnenvorführung im Pentagon, hob Beschaffungsbeschränkungen auf und setzte damit die militärische Drohnenvorherrschaft frei. Im selben Monat fragte Trump laut späterer Berichterstattung der „Financial Times“ in einem Telefonat mit Selenskyj, ob die Ukraine Moskau angreifen könnte, wenn man ihr Waffen mit größerer Reichweite zur Verfügung stellen würde.

Ab Mitte des Sommers 2025 lieferten die USA die nachrichtendienstlichen Informationen für die ukrainische Langstrecken-Drohnenkampagne gegen russische Raffinerien, Pipelines und Kraftwerke. Dabei beeinflussten sie die Routenplanung, die Flughöhe, den Zeitplan und die Einsatzentscheidungen. Im August fand der Gipfel in Alaska statt, der zwar diplomatische Bemühungen suggerierte, gleichzeitig aber auch den Verkauf von „Extended Range Attack Munitions“ an die Ukraine vorsah. Die Kosten hierfür übernahmen die europäischen Verbündeten. Bis Oktober hatte Trump das Pentagon und die Geheimdienste offiziell ermächtigt, der Ukraine Zieldaten für Angriffe auf die russische Energieinfrastruktur tief im Inneren Russlands zu liefern. Wie sich herausstellte, hatten die USA von Anfang an Milliarden in den Aufbau des ukrainischen Drohnenprogramms investiert – ein Vorhaben, das durchgehend von der CIA unterstützt wurde.

Trump lügt ständig und vieles davon ist die Improvisation eines eiteln und leichtsinnigen Mannes. Doch die Lügen mit weitreichenden Folgen sind systematisch und gehen in eine Richtung: Sie dienen dem militärisch-industriellen Komplex.

Die Ukraine ist zu einem ein-

zigartigen Live-Feuer-Labor für KI-Kriegsführung in großem Maßstab geworden. Es gibt Millionen von Drohneneinsätzen, einen ständigen Wettlauf um Anpassung an die elektronische Kriegsführung eines gleichwertigen Gegners und Tausende von Stunden an Kampfdaten, die das wertvollste militärische KI-Kapital der Welt darstellen.

Die Ukraine stirbt durch amerikanische Hand. Dreißig Jahre, nachdem Brzezinski die Ukraine als den entscheidenden geopolitischen Dreh- und Angelpunkt für die amerikanische Vorherrschaft bezeichnet hatte, ist das Land demografisch ausgehöhlt und territorial beschnitten. Sein Energienetz ist zerstört, seine Wahlen ausgesetzt und seine Politik auf korrupte Palastintrigen reduziert.

Die tiefste Grausamkeit besteht darin, dass Russland seit 30 Jahren wiederholt eine Sicherheitsvereinbarung mit den USA angestrebt hat, in der alle beteiligten Länder in Frieden, gegenseitigem Respekt und unteilbarer Sicherheit leben würden.

Doch die USA wollen keine Sicherheit auf der Grundlage gegenseitigen Respekts. Sie streben nach Vorherrschaft, was etwas ganz anderes ist. Dabei opfern sie die Ukraine und den Iran ihrer Hybris. Für Frieden in der Ukraine müssten die USA lediglich ihre seit Jahrzehnten gepflegte Überheblichkeit aufgeben, dass Russland zur Kapitulation gezwungen werden könne, und stattdessen die Ukraine als neutrale Brücke zwischen Europa und Russland akzeptieren, anstatt sie als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt gegen Russland zu nutzen. Eisenhower sah voraus, warum die Akzeptanz des Friedens so schwerfallen würde: Der militärisch-industrielle Komplex beeinflusst die



Politik nicht nur, er bestimmt sie. Solange das amerikanische Volk die Demokratie nicht von Unternehmen wie Palantir, BlackRock, SpaceX und Chevron zurückerobert, werden die „Laboratorien“ auf dem Schlachtfeld offen bleiben und die Ukraine wird den fatalen Preis für

die amerikanische „Freundschaft“ zahlen.

Jeffrey Sachs ist unter anderem Leiter des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University in New York

Der Ukrainekrieg aus der Sicht des Globalen Südens

Waldo Bello

Die Invasion der Ukraine durch Russland im Februar 2022 war ein Akt internationaler Aggression, der am 2. März 2022 von den Vereinten Nationen zu Recht verurteilt wurde, wobei 147 von 193 Mitgliedstaaten der Resolution zustimmten.

Die meisten der 147 Länder, die Russlands Aggression verurteilten, sind jedoch nicht über diese Erklärung hinausgegangen.

Warum hat sich der größte Teil der Welt, insbesondere im Globalen Süden, gegen eine Einbeziehung in den Konflikt geweigert, trotz der alarmistischen Darstellung der westlichen Presse?

Ich bin kein Bewunderer Putins und seiner autokratischen Innenpolitik. Allerdings habe ich in den letzten Jahren, wie der Rest der Welt auch, erkannt, dass der Russland-Ukraine-Konflikt viel, viel

komplizierter ist als das westliche Bild davon, das ihn als einen Fall russischer Schikane darstellt.

1. Zunächst einmal muss man die komplexen historischen, politischen und kulturellen Faktoren berücksichtigen, die diesen Konflikt umgeben.

Es ist schwer, das einseitige Bild einer unprovzierten russischen Aggression aufrechtzuerhalten. Das vielleicht entscheidende Ereignis, das Putins umstrittene Annexionsbestrebungen beeinflusste, war der sogenannte Euromaidan-Aufstand im Jahr 2014, durch den Präsident Viktor Janukowitsch, ein Verbündeter Putins, gestürzt wurde. Es ist unbestreitbar, dass ukrainische Faschisten bei den Euromaidan-Ereignissen eine herausragende Rolle spielten, und die Behauptung der russischen Regierung, westliche Regierungen hätten den Aufstand unterstützt, ist nicht ganz aus

der Luft gegriffen. Kurz nach den Euromaidan-Ereignissen entstanden separatistische Bewegungen in der Donbass-Region im Südosten der Ukraine, wo es eine große Zahl ethnischer Russen und russischsprachiger Menschen gab, und Russland unterstützte diese.

2. Ein zweiter wichtiger Grund für die Weigerung des Globalen Südens, in den Ukraine-Konflikt hineingezogen zu werden, ist, dass Russland die NATO-Erweiterung bis an seine Grenzen als existenzielle Bedrohung betrachtete. Diese Warnungen blieben jedoch ungehört.

Russland stellte mehrere wichtige Sicherheitsforderungen an die Vereinigten Staaten und die NATO, darunter die Einstellung der Erweiterung des Bündnisses, die Einholung der russischen Zustimmung für bestimmte NATO-Stationierungen sowie den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa.

3. Ein dritter wichtiger Grund für die Skepsis seitens des Globalen Südens ist, dass sehr viele Menschen in Europa die von den europäischen Eliten beschworene russische Bedrohung als übertrieben ansehen und der Ansicht sind, dass sie vor allem den Interessen der baltischen Staaten dient.

Das mag eine Vereinfachung sein, aber ich stimme dem Grundgedanken zu. Es stimmt, dass die baltischen Staaten zusammen mit Polen ihre Kritik an Russland sehr lautstark geäußert haben. Sie haben es geschafft, die EU-Politik zu beeinflussen und die allgemeine Wahrnehmung in Deutschland zu prägen. Sie stehen Russland und allem, was mit Russland zu tun hat, völlig ablehnend gegenüber. Dies hat den Spielraum für abweichende Meinungen eingeschränkt.

Der NATO-Gipfel in Ankara ist vorbei, und nach einer Auswer-

tung der vorläufigen Ergebnisse glaube ich nicht, dass die NATO eine weniger aggressive Haltung einnimmt. Ich denke, es ist mittlerweile ziemlich klar, dass die einzige Lösung für die Ukraine-Krise eine diplomatische Lösung ist, da die Bemühungen beider Seiten, die Gelegenheit in den letzten viereinhalb Jahren militärisch zu lösen, gescheitert sind und sich beide Seiten in einer Pattsituation befinden.

Eine diplomatische Lösung wird Zugeständnisse auf beiden Seiten erfordern, sowohl von Russland als auch von der Ukraine. Natürlich werden beide Seiten zu Beginn der Verhandlungen harte Positionen vertreten. Die Position der NATO läuft darauf hinaus, dass Russland alle Zugeständnisse machen soll. Das ist unrealistisch. Gerade die Aufgabe von Verhandlungen besteht darin, einen Kompromiss zwischen zwei Parteien zu schmieden.

Walden Bello ist Professor für Soziologie und Geschäftsführer des Thinktanks für Regionalpolitik „Focus on the Global South“

Rüstungsökonomie

Kontraproduktiv statt Ausweg aus der Krise

Ingar Solty

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer tiefen Strukturkrise: Das exportorientierte Geschäftsmodell gerät unter Druck, die Transformation der Autoindustrie stockt, energieintensive Unternehmen schließen oder verlagern ihre Produktion, Industriearbeitsplätze

onsapparat einer Volkswirtschaft dauerhaft erweitern. Ein Panzer, eine Rakete oder ein Kampfflugzeug erzeugt nach seiner Herstellung keinen weiteren wirtschaftlichen Output. Anders verhält es sich beispielsweise mit Investitionen in Bildung, Gesundheit, Energieversorgung oder Infrastruktur: Sie erweitern die Produktion auf höherer

Rüstungsbooms. Gleichzeitig wurden allein in der deutschen Autoindustrie nur im letzten Jahr 124.000 Arbeitsplätze abgebaut. Hinzu kommen die Verluste bei Zulieferern und in der Metallindustrie.

Besonders folgenschwer ist es, wenn zivile Produktionsstätten für militärische Zwecke umgewidmet werden. Weder finanzielle Ressour-

chenden hiesigen industriellen Boom. Ein erheblicher Teil der Ausgaben fließt in die USA. Aus dem deutschen Sondervermögen wurden unter anderem in mittleren zweistelligen Milliarden-Bereich Patriot-Systeme, F-35-Kampffjets, Transporthubschrauber usw. aus den USA bezogen.

Der Kern des Problems ist: Aufrüstung und Industriepolitik sind nicht dasselbe. Die entscheidende Frage lautet nicht, wie viel Geld der Staat ausgibt, sondern welche Produktionsstrukturen dadurch entstehen. Eine Volkswirtschaft kann hohe Militärausgaben haben und gerade deswegen deindustrialisiert werden.

Entscheidend ist die Struktur der Industrie. Historisch lassen sich unterschiedliche Entwicklungspfade beobachten: Großbritannien und Frankreich hielten nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise hohe Militärausgaben aufrecht und spezialisierten sich stärker auf Rüstungsproduktion. Ihre Deindustrialisierung verlief langfristig schneller. Deutschland, Italien und auch Japan setzten stärker auf zivile industrielle Produktion; dort verlief die Deindustrialisierung viel langsamer.

Gerade deshalb ist Rüstungsökonomie kein Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Investitionen, die Deutschlands zivile industrielle Basis modernisieren, bleiben aus, der eklatante Investitionsstau in Energie, Netze, Verkehr, Digitalisierung, Bildung, Forschung, Klimaschutz und neue Produktionstechnologien bestehen.

Diese Investitionen könnten gleichzeitig Nachfrage erzeugen, Produktivität erhöhen und neue industrielle Kapazitäten schaffen. Sie würden damit genau jene strukturellen Probleme adressieren, die hinter der gegenwärtigen Krise stehen.

Die Aufrüstung ist kein Gegenmittel, sie wirkt als Brandbeschleuniger von Deindustrialisierung und Krise. Sie verdrängt zivile Produktion und öffentliche Investitionen. Ressourcen werden in einen Sektor gelenkt, der nicht nur Tötungsmittel produziert, sondern auch für Wohlstand, Sozialstaat und Demokratie tödlich ist.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung



gehen massenhaft verloren.

Die Vorstellung, eine hochgerüstete Wirtschaft könne Deutschland aus der Krise führen, beruht auf einer falschen Vorstellung. Staatliche Ausgaben erzeugen zwar grundsätzlich Nachfrage. Entscheidend ist aber, wofür der Staat Geld ausgibt und welche langfristigen Produktionskapazitäten dadurch entstehen. Gerade hier unterscheidet sich Rüstung fundamental von Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder zivile Industrie.

Zunächst ist unbestritten: Staatliche Rüstungsausgaben erzeugen kurzfristig Umsatz und Beschäftigung. Waffen müssen produziert, Stahl verarbeitet, Elektronik entwickelt und Fabriken ausgelastet werden. In diesem begrenzten Sinn hat auch Rüstung einen konjunkturellen Effekt.

Aber Rüstungsgüter sind keine Investitionen, die den Produkti-

Stufenleiter, ermöglichen längerfristig neues Wachstum.

Vergleichende politökonomische Forschung kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass der Fiskalmultiplikator für öffentliche Ausgaben in Bildung und Gesundheit in mehreren europäischen Ländern deutlich höhere Wachstums- und Beschäftigungseffekte haben als Militärausgaben. Für Deutschland ist der Wachstumseffekt von Ausgaben für Bildung und Gesundheit fast dreimal so hoch wie jener von Rüstung. In Italien entstehen nach diesen Berechnungen pro einer Million Euro öffentlicher Ausgaben etwa drei Arbeitsplätze im Rüstungssektor, aber elf im Bildungsbereich.

Noch deutlicher wird das Problem beim Blick auf den Arbeitsmarkt. Studien rechnen – sehr optimistisch – mit bis zu 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland bis 2035 infolge des

cen noch Produktivkräfte – Ingenieure, Facharbeiter und Forschungskapazitäten – können gleichzeitig für Mobilitätswende, Energiewende, Wohnungsbau, Digitalisierung und Rüstungsprojekte eingesetzt werden.

Werden öffentliche Mittel für Aufrüstung mobilisiert, während Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Klimaschutz gekürzt oder durch höhere Zins- und Schuldendienstlasten begrenzt werden, wird der positive Nachfrageeffekt der Rüstung gesamtwirtschaftlich negativ.

Gesamtgesellschaftlich gilt das ohnehin, denn hinzu kommt ein inflationärer Effekt sowohl im Hinblick auf Verbraucherpreise – denn es findet eine Verknappung ziviler Güter statt – als auch auf die Rüstungspreise.

Der deutsche und europäische Rüstungsboom bedeutet ohnehin nicht automatisch einen entspre-

Manifest für den Frieden Eppler-Kreis legt nach

2019 gründete Erhard Eppler den Kreis „Frieden 2.0“. Anlass war die tiefe Sorge über die Zerstörung der Rüstungskontrollarchitektur, insbesondere durch die Aufkündigung des INF-Vertrages, mit dem mehr als 2.600 landgestützte Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Km verschrottet wurden. Eppler erkannte, was seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges brutale Wirklichkeit ist: Die Zerstörung der Sicherheitsordnung und die neue Machtpolitik um eine Weltordnung. Der Kalte Krieg ist zurück, die Konfrontation verschärft sich, unser Land fällt in den Taumel der Militarisierung und Aufrüstung.

Entspannungspolitik und Gemeinsame Sicherheit werden als Anpassung an den „russischen Iwan“ diffamiert. Dahinter steht der Irrglaube an einen Siegfrieden über die Atommacht Russland. Über das Elend der Toten, der Verstümmelten und der Zerstörungen wird kaum geredet. Europa hat in 4 ½ Jahren Krieg keinen ernsthaften Friedensvorschlag vorgelegt. Der Bellizismus der Kriegstüchtigkeit verändert den Charakter unserer Gesellschaft.

Das Manifest hat in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden. Der Friedenskreis hat nun nachgelegt: Im Westend-Verlag erscheint „Gemeinsame Sicherheit heute! Manifest für den Frieden“, herausgegeben von Gernot Erler (früherer Russlandbeauftragter) und Ralf Stegner (SPD-Außenpolitiker im Bundestag). Rolf Mützenich beschäftigt sich mit der „Verführung der Macht“, der Bundeskanzler Friedrich Merz verfallen ist, wenn er in Deutschland die stärkste konventionelle Armee Europas schaffen will. Das Buch ist eine Abrechnung mit der „Kriegstüchtigkeit“, die Europa immer tiefer in die Krise zieht und nicht in der Lage ist, das Morden in der Ukraine zu stoppen.

Michael Müller

Kulturbörse:

„Sag mir wo die Blumen sind“

Karl-Heinz Peil

In Zeiten eskalierender Kriegspropaganda ist es schwieriger, Friedensbewegte zu motivieren. Sich gegen Anfeindungen wie „Putinversther“ argumentativ zu behaupten, wird oft als herausfordernd empfunden. Gerade im persönlichen Umfeld ist der argumentative Einstieg nicht leicht. Moralisierende Kriegshysterie geht oft mit „Cancel Culture“ gegen unliebsame Stimmen einher.

Wesentlich leichter fällt es deshalb, sich auf kulturelle Traditionen zu besinnen und diese ins Bewusstsein zu rücken. Legendar waren in den 1980er Jahren die Konzerte von „Künstler für den Frieden“.

Verglichen damit ist die Kulturszene der Friedensbewegung heute stark eingeschränkt, aber nach wie vor präsent und wichtiger denn je. Um die fragmentiert vorhandene Kulturszene für die Friedensbewegung sichtbar zu machen und deren

Vielfalt aufzuzeigen, ist die Idee einer Kulturbörse entstanden. Sie soll allen Friedensbewegten einen Überblick darüber verschaffen, welche künstlerischen Aktivitäten für Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen zu gewinnen sind. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf „Steckbriefen“ von Künstler:innen, deren Angebote wir mit Kontaktdaten und beispielhaften Videobeiträgen präsentieren.

Neben direkten Angeboten für

Aktionen mit Musik, Theater und Lesungen werden auch Projekte vorgestellt, die sich in Veranstaltungen integrieren lassen, wie beispielsweise Grafiken. Auch für Publikationen sind diese relevant. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die „Friedensnoten“, eine Initiative von Marcus Klöckner und Jens Fischer Rodrian, bei der bereits 57 Autorinnen und Autoren mit 78 Texten zu bekannten Friedens- und Antikriegsliedern vertreten sind. Eines

dieser Friedenslieder stand Pate bei der Benennung unserer Kulturbörse. Das von Marlene Dietrich 1962 unter dem deutschen Titel „Sag mir, wo die Blumen sind“ interpretierte Antikriegslied von Pete Seeger wurde international populär.

Karl-Heinz Peil ist im Vorstand der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. – Frankfurt a.M.
Infos und Kontakt:
<https://kultur.friedenschaffen.net>

Drushba(Freundschaft) heißt Frieden und nicht „Putinverstehher“

Reiner Braun

Können Sie uns Europäern konkret sagen, was wir tun können, um ihnen zu helfen, mehr Russen zu töten? Mehr russische Soldaten, natürlich.“ Diese Frage hat Michael Martens (Redakteur der Frankfurter Allgemeinen) auf einer Pressekonferenz mit Aleksandar Vučić und Wolodymyr Selenskyj in Serbien gestellt.

Das zeugt von einem kaum zu überbietenden Zynismus und Anti-Humanismus, insbesondere angesichts der deutschen Geschichte.

Dies ist das Gegenteil von Frieden, Versöhnung und Freundschaft, die wir auch mit Russland, dem flächenmäßig größten Land der Erde

anstreben. Zunächst einmal mit den Menschen des Landes. Dabei wollen wir nicht von gesellschaftlichen, ja von autoritären Strukturen abstrahieren. Sie dürfen uns aber auch nicht hindern, Gespräche und Kontakte zu entwickeln und zu pflegen. Das gilt erst recht bei gegensätzlichen Meinungen und Positionierungen. Gesprächs- und Kontaktverbote sind nicht nur wider die menschliche Natur, sondern sie verhindern auch, Wege zum Frieden zu öffnen und Verständnis füreinander zu erwecken.

Wie soll ich mich inhaltlich, sachlich und respektvoll mit dem anderen auseinandersetzen, wenn ich ihn nicht verstehe? Kritik ohne Verstehen ist bestenfalls billige

Polemik aber keine Debatte, in der auch in der Auseinandersetzung Lösungen gefunden werden können.

Für mich ist der Vorwurf des „Putin Verstehers“ keine Diffamierung, sondern zeigt die Unfähigkeit, sich sachlich auseinanderzusetzen. Ich vertraue auf die Stärke der Argumente und halte unterschiedliche politische und gesellschaftliche Positionen in einer Demokratie für zwingend notwendig. Miteinander zu reden ist der Weg, um in einer Zeit tektonischer internationaler Veränderungen und riesigem Bedarf für nationale Transformationsprozesse humanistische Wege aus Krisen und Konflikten zu finden - Kontroversen eingeschlossen.

Wenn Frieden das Ziel ist, sind

Dialoge unabdingbar.

Wie schwach müssen diejenigen sein, die diese Debatte nicht führen, sondern sie verbieten und unterdrücken. Der Vorwurf des Autoritarismus fällt auf sie zurück.

In einer Zeit des hysterischen Antirussismus und der Verbote ist die Pflege von Gesprächen und Dialog deshalb so notwendig. Es gilt, die Bedrohungslüge immer wieder zurückzuweisen. Deshalb reisen wir nach Moskau und reden wir mit angeblichen „Feinden“. Wir hoffen, bald wieder russische WissenschaftlerInnen, Sportlerinnen, Kulturschaffende und Politikerinnen aller Couleur bei uns begrüßen zu können.

Wir brauchen wieder freund-

schaftliche Beziehungen zu dem flächenmäßig größten Land der Erde, nicht weil wir Russland lieben (vielleicht aber auch deshalb) sondern in unserem deutschen Interesse. Und dieses Interesse geht über eine Gruppe, Schicht oder Klasse hinaus.

Wo sollen denn die Industrien mit ihren Arbeitsplätzen herkommen, wenn wir nicht wieder auf die bezahlbare Energie Russlands zurückgreifen? (Das Zeitalter der erneuerbaren Energien ist zweifellos angebrochen, notwendig ist aber eine realistische Übergangsperiode).

Wo sind denn die Absatzmärkte für viele Produkte, die der deutschen Wirtschaft und nicht nur für Autos weggebrochen sind?

Wissenschaftliche Kooperation bringt neue gemeinsame Ergebnisse hervor, von denen die Menschheit profitiert. Bildung und Wissenschaft erweitern den gemeinsamen Horizont und das gegenseitige Wissen.

Ökologische Zielsetzungen unterstützen Transformationsprozesse in unseren Ländern.

Kulturelle Kooperationen sind bereichernd. Es ist ermutigend, voneinander zu lernen und daraus Neues zu entwickeln.

Wenn Menschen sich austauschen und verstehen werden Rassismus, Nationalismus und Vorurteile überwunden.

International müssen wir uns gemeinsam den großen Menschheitsherausforderungen stellen, seien es Hunger, Klimaveränderungen oder Migration. Kein Land kann diese allein bewältigen.

Eine Jugend soll im Gedanken der Freundschaft und ihrem Wert heranwachsen.

Ja es gibt vieles, da uns verbindet das wir gemeinsam erreichen können. Beginnen wir mit dem ersten Schritt: Reden wir wieder miteinander, tauschen wir uns aus, auf Tagungen, in Videokonferenzen und auch mit Artikeln, Brieffreundschaften etc. Vergessen wir dabei nicht unsere gemeinsame, so leidvolle Geschichte und unsere große vielfältige Kultur.

Die "Diplomatie von unten" öffnet Tore und überwindet Grenzen. Wir werden weiter dafür wirken.

Reiner Braun ist Vorstandmitglied des International Peace Bureau (IPB)



Deutschland aus russischer Sicht heute

Ivan Timofejew

Im Laufe der Geschichte hat sich die Wahrnehmung Deutschlands in Russland mehrfach gewandelt. Doch weder die dunklen noch die hellen Kapitel konnten die Tatsache ausblenden, dass beide Länder füreinander von größter Bedeutung sind – sei es in Bezug auf Identität, Modernisierungsbemühungen, kulturelle Kontakte, Diplomatie usw. Heutzutage ist das helle Kapitel der Zeit nach dem Kalten Krieg verblasst, während bereits ein dunkles an seine Stelle getreten ist. Der negative Trend nimmt zu. Die durch den Ukraine-Konflikt angeheizte politische Rivalität zwischen Russland und dem Westen wirkt sich auf die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Menschen aus. Sie müssen sich an neue Realitäten anpassen. Ihre Wahrnehmungen durchlaufen einen Wandel. Zumindest zwei Verschiebungen scheinen sich abzuzeichnen.

Erstens die Neuausrichtung der Erwartungen hinsichtlich neuer Chancen: weg von Deutschland und der EU im Allgemeinen, hin zu China, Indien und dem weiten eurasischen Raum. Die EU war früher ein wichtiger Handelspartner Russlands, wobei Deutschland die treibende Kraft dieser Zusammenarbeit war. Seit dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts zeigen die Handelsstatistiken einen starken Rückgang. Durch Finanzsanktionen, Exportkontrollen, Importverbote und Transportsanktionen wurden Unternehmen und Menschen gezwungen, neue Wege einzuschlagen. Für den Normalbürger ist eine der relevanten Tatsachen, dass ein Flug von Moskau nach Berlin nun etwa zehn Stunden dauert, mit einem Zwischenstopp in der Türkei oder Serbien. Ein Direktflug nach Neu-Delhi dauert hingegen nur 5,5 Stunden. Der Flug nach Dubai dauert fast genauso lange. Die Reise

nach Peking dauert 7–8 Stunden und selbst in diesem Fall ist das Ziel näher als Deutschland. Ganz zu schweigen davon, dass Indien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate keine Visa verlangen, während die Visabestimmungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU immer strenger werden. Der russische Handel mit China hat sich verdoppelt. Der Handel mit Indien hat sich sogar um das 5- bis 7-Fache erhöht.

Zweitens hat die politische Krise in den Beziehungen zwischen Russland einerseits und Deutschland sowie dem Westen andererseits unweigerlich die Bedrohungswahrnehmung der Menschen beeinflusst. Grundsätzlich würde der durchschnittliche Russe die Menschen in Deutschland kaum verteufeln. Die Medien auf beiden Seiten stehen sich jedoch feindlich gegenüber und betreiben gegenseitige Schuldzuweisungen. Unsere gegenseitigen

Militärausgaben steigen. Unsere Regierungen betrachten einander als wahrscheinliche oder sogar als die wahrscheinlichste Bedrohung. Den medialen und politischen Rahmenbedingungen ihres Landes können sich die Menschen kaum entziehen. Befürworter des Dialogs laufen auf beiden Seiten Gefahr, in ihren Gesellschaften zu Ausgestoßen zu werden. Zum Vergleich: Die russischen Grenzen vom Pazifik bis zum Kaspischen Meer sind nach wie vor entmilitarisiert; während an der Westgrenze zunehmend Zäune, Stacheldraht und Gräben errichtet werden.

Wir verfügen nach wie vor über ein gutes Erbe aus der Vergangenheit. Unsere Kulturen sind eng miteinander verbunden. Die menschlichen Bindungen bestehen weiterhin. Trotz des Zusammenbruchs vieler Brücken gibt es noch immer eine große Anzahl weiterer, wenn auch unter Druck. Die Lösung

des russisch-ukrainischen Konflikts könnte ein positiver Faktor sein, um die Beziehungen und Wahrnehmungen neu zu überdenken. Das Problem dabei ist jedoch, dass die Ukraine-Krise Teil eines umfassenderen strukturellen Sicherheitskonflikts in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen ist. Eine diplomatische Lösung wäre allein kaum ein Wundermittel.

Gibt es Hoffnung? Auf jeden Fall. Die Geschichte der europäischen Politik zeigt, dass auf große Turbulenzen oft eine gegenteilige Dynamik folgt. Die Frage ist, welchen Preis alle dafür zahlen müssen. Die Gesellschaften sollten sich dessen bewusst bleiben und „auf das Beste hoffen, aber mit dem Schlimmsten rechnen“.

Ivan Timofejew ist Direktor des „Russischen Rates für internationale Angelegenheiten“ (RIAC)

Kuba widersteht dem US-Imperium und braucht unsere Unterstützung

Edgar Göll

Es ist höchste Zeit, das seit 1960 täglich neu verübte Verbrechen der USA gegen Kuba zu stoppen. Alle US-Regierungen versuchen, das friedfertige Nachbarland mit militärischen, geheimdienstlichen, ökonomischen und medialen Mitteln zu zerstören – und nutzen dabei das ganze Arsenal der Supermacht.

Der Wirtschaftskrieg und „Cognitive Warfare“ eskalieren durch Trumps totale Ölblockade und das Aushungern. Zugleich wird der Widerstand Kubas gegen diese permanenten Attacken arglistig als Verletzung der Menschenrechte dargestellt. Diese Umkehrung von Täter und Opfer durchzieht auch das jüngste Pamphlet des US-Außenministeriums, in dem Kuba zum Feind Nr. 1 erklärt wird. Damit soll die internationale Solidarität für Kuba geschwächt und ein geplantes direktes Eingreifen der USA in Kuba erleichtert werden. Dabei stellt gerade die Blockadepolitik eine totale Menschenrechtsverletzung gegenüber den zehn Millionen Menschen in Kuba dar. Die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ und die aktualisierte Monroe-Doktrin der USA zielen in der westlichen Hemisphäre auf das „Einbinden und Ausweiten“ aller Länder ab.

Die Erdrosselung bewirkt gigantische ökonomische, soziale und kulturelle Schäden in allen Bereichen der kubanischen Gesell-

schaft. Das Leid der Bevölkerung ist unermesslich und die Regierungsmitglieder müssen mit gezielten US-Militärattacken rechnen. Damit dürfte der Tatbestand eines „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ gegeben sein. Kürzlich wurden die USA in der UN mit großer Mehrheit verurteilt und von zahlreichen anderen angesehenen Akteuren wurde ein Ende der Blockadepolitik gefordert.

Dennoch lassen die meisten

Regierungen den US-Terror gegen Kuba weiterhin geschehen. Diese Duldung der schleichenden Zerstörung der Gesellschaft ist skandalös, stärkt weitere unilaterale Willkür und schwächt den Multilateralismus. Kuba ist das Opfer des US-Imperiums. Es ist ein hochzivilisiertes, kulturstarkes sozialistisches System, das unzählige Länder des Globalen Südens unterstützte – trotz Drohungen der USA. Dieser aufrechte Gang und diese Prinzipienfestigkeit

sollten anderen Staaten ein Vorbild sein; für viele Gesellschaften sind sie es bereits.

Weltweit engagieren sich immer mehr Akteure der Zivilgesellschaft für die Verteidigung Kubas und dessen Recht auf Existenz und Selbstbestimmung. Ohne die Blockadepolitik und den Wirtschaftskrieg wäre das Niveau humaner, nachhaltiger Entwicklung auf Kuba noch viel höher. Daher sind die zahlreichen Solidaritätsaktivitäten so dringend

notwendig. Mögliche Aktivitäten sind: Konvois, Flottillen, Presse- und Informationsarbeit, Leserbrief, Petitionen, Demonstrationen, Reisen nach Kuba sowie Spendenaktionen für Geld, Solaranlagen und Batterien, medizinische Geräte und Medikamente. Hilfe ist in vielen Varianten möglich. Für den Herbst sind in Berlin und anderen Städten Protestwachen vor den US-Botschaften sowie deren Umzingelung vorgesehen.

Edgar Göll ist Vorsitzender von Netzwerk Cuba e.V. Wer helfen möchte: www.netzwerk-cuba.org und unblock-cuba.org



Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Gazastreifen

Wiltrud Rösch-Metzler

Derzeit fahren israelische Firmen täglich Trümmer aus dem von Israel besetzten Gazastreifen ab. Laut dem Euro-Med Human Rights Monitor lässt die israelische Regierung noch stehende Gebäude abreißen, zerkleinern und abtransportieren. Unabhängigen forensischen Teams und Sachverständigen verbietet sie jedoch, die Orte nach menschlichen Überresten zu untersuchen und Beweismittel zu sichern.

In den letzten Wochen hat Euro-Med fast 100 israelische Lastwagen pro Tag gezählt. Zehn Millionen Tonnen des insgesamt 68 Millionen Tonnen schweren Schutts, den die Weltbank, die EU und die Vereinten

Nationen errechnet haben, sollen bereits abtransportiert worden sein. Damit werden Beweise für einen vom Internationalen Gerichtshof zu untersuchenden Völkermord beseitigt. Werden die palästinensischen Familien, die Israel von dort vertrieben hat, am Wiederaufbau ihrer Häuser nicht mehr beteiligt? Wie kann die Weltgemeinschaft verhindern, dass die israelische Regierung alles platt walzen lässt und den Gazastreifen für jüdische Siedlungen vorbereitet? Wo bleiben ihre Sanktionen? Unterstützt sie etwa das völkerrechtswidrige Ziel „Der Gazastreifen gehört uns“, wie es der israelische Minister Ben Gvir beim Marsch der Siedler auf Gaza am 19. Juli 2026 äußerte?

Seit dem 7. Oktober 2023 hat

UN-Ocha 73.381 getötete Palästinenser, 174.231 Verletzte, über 1.700 getötete Mediziner und 262 getötete Medienarbeiter gezählt. Das Max-Planck-Institut hat sogar 100.000 bis 125.000 Tote errechnet. Mindestens 21 283 Kinder wurden getötet, davon allein seit Beginn des „Waffenstillstands“ weitere 265 Kinder.

Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich Ostjerusalem, und Israel hat ermittelt, dass palästinensische Kinder von den israelischen Streitkräften gezielt angegriffen und getötet werden. „Selbst nach dem Waffenstillstand vom Oktober 2025 werden weiterhin Kinder getötet

und schwer verletzt, während Israel den Waffenstillstand sowie den palästinensischen Kindern nach internationalem Recht zustehenden Schutz missachtet“, erklärte der Kommissionsvorsitzende Srinivasan Muralidhar bei der Vorstellung des Berichts im Juni. Die Kommission sieht Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Gazastreifen sowie Kriegsverbrechen im Westjordanland als erwiesen an.

„Der Schutz, die Fürsorge und das Überleben palästinensischer Kinder sind untrennbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verbunden“, sagte Muralidhar. „Indem Israel Kinder ins Visier nimmt, greift es die Existenzfähigkeit des palästinensischen

Volkes und dessen Fähigkeit, über seine Zukunft zu bestimmen, an.“

Wenn diese Verbrechen in Israel – und in der deutschen Staatsräson – ausgeblendet werden, können die Täter ihr Ziel erreichen. Die Bundesregierung muss die Rechenschaftspflicht für diese Verbrechen nach dem Völkerrecht einfordern, die Täter verhaften, da Israel die Menschenrechte verletzt, das EU-Assoziationsabkommen aussetzen und die militärische Zusammenarbeit mit Israel stoppen, statt als Komplizin der Verbrechen zu agieren. Nur so besteht noch Hoffnung für die Zukunft Palästinas.!

Wiltrud Rösch-Metzler ist Sprecherin der pax christi-Nahostkommission. Mehr Infos: www.palaestina-anerkennen.de

70 Jahre Kampf gegen die Inquisition des Gewissens

Martin Tontsch

Dückeberger, Vaterlandsverräter, Taugenichtse“ – so wurden junge Männer über Jahrzehnte hinweg beleidigt, die ihr Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes wahrnehmen wollten. Um dem Druck in den Anhörungskommissionen, in denen häufig noch ehemalige Wehrmachtsoffiziere saßen, standzu-

halten, begleitete die Evangelische Kirche ab 1956 Kriegsdienstverweigerer. Gemeinsam mit anderen Friedensverbänden setzte sie sich für die Rechte und den Schutz der Kriegsdienstverweigerer sowie gegen die Inquisition des Gewissens ein. Dadurch wurde unter anderem die Abschaffung der mündlichen Anhörungen zugunsten eines schriftlichen Verfahrens erreicht, das bis heute gilt.

In der aktuellen Diskussion

plädiert die Kirche für Freiwilligkeit und betont, dass die Verteidigung Deutschlands vor allem die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedeutet, wie sie in unserer Verfassung verankert ist und die den Schutz von Menschenrechten und Menschenwürde am besten gewährleistet.

In Artikel 4 dieser Verfassung steht gleich nach den Artikeln 1 (Menschenwürde und Menschenrechte), 2 (freie Persönlichkeits-

entfaltung und Recht auf Leben), 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) und noch vor Artikel 5 (freie Meinungsäußerung) das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Es ist damit einige Jahre älter als die Bundeswehr. Für unser Land und unsere Gesellschaft sind Menschen am wichtigsten, die menschenfreundliche, positive Werte leben, diese Werte wachsam verteidigen und dabei ihrem Gewissen folgen.

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) bietet Beratung und Begleitung an. Sie berät ergebnisoffen und auf Augenhöhe und unterstützt bei der Formulierung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung im Antrag beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BaFZA).

Martin Tontsch ist Pfarrer und Vorstandsmitglied der EAK – Weitere Info: www.eak-online.de